KOMMENTARE

Polizisten mit Nebenjob

Wenn das Geld nicht reicht



VON
BRIGITTE GISEL

Uniform aus und Blaumann an? Oder doch lieber die dezente Kluft eines Fahrlehrers oder Aushilfsfahrers? Die Bandbreite der Nebentätigkeiten, die baden-württembergische Polizeibeamte ausüben, ist enorm – und sie wirft viele Fragen auf. Wenn jeder siebte Polizeibeamte in Baden-Württemberg einer genehmigten Nebenbeschäftigung nachgeht, wie es jetzt das Stuttgarter Innenministerium bestätigte, dann muss es bei der Polizei strukturelle Defizite geben.

Die Vermutung, die SPD-Fraktionsvize Sascha Binder daraufhin äußerte, ist naheliegend: Die Beamten suchen sich einen Zusatzjob, weil das Geld nicht reicht. Ein einfacher Polizist in einem Ballungsraum wie Stuttgart kann in der Tat kaum noch die Miete zahlen, geschweige denn, als Alleinverdiener eine Familie über die Runden bringen. Dafür sprechen auch die Zahlen, die das Ministerium vorlegte. Die meisten Nebentätigkeiten werden von Beamten im mittleren und gehobenen Dienst beantragt, die im unteren Bereich der Besoldungsskala angesiedelt sind. Der Staat ist Menschen, die bei gefährlichen Einsätzen ihren Kopf hinhalten, aber eine angemessene Besoldung schuldig.

Irritierend ist allerdings, dass die Polizei und deren Gewerkschaft jedes Jahr über die Zunahme von Überstunden klagt. 1,4 Millionen Überstunden sind alleine vergangenes Jahr aufgelaufen. Auch bemängelt das Innenministerium weiter Personalnot bei der Polizei. Selbst wenn Überstunden vor allem bei der Bereitschaftspolizei anfallen, bleibt die Frage, wie sich Personalnot, Überstunden und Nebenjobs vertragen. Polizisten dürfen zwar nicht als Türsteher oder Kellner jobben. Dennoch täte es dem Beruf des Polizisten besser, wenn es weniger Beamte mit Nebenjob gäbe.

brigitte.gisel@gea.de

Israel

Regierung dringend gesucht



VON
JÜRGEN RAHMIG

Auch Benny Gantz, der Hoffnungsträger der Opposition in Israel, mit dem der seit 2009 regierende Ministerpräsident und Likud-Chef Benjamin Netanjahu abgelöst werden sollte, ist mit der Regierungsbildung gescheitert. Der als eher gemäßigt geltende Ex-General bekommt also keine Chance zu zeigen, dass er es besser könnte. Und auch eine Große Koalition war keine Option. Denn wer wäre dann Regierungschef geworden? Schließlich bestand Netanjahu noch darauf, rechte und ultraorthodoxe Kleinparteien mit in eine solche Koalition aufzunehmen. Das war für Gantz und sein Bündnis Blau-Weiß endgültig nicht akzeptabel.

Israels Präsident Rivlin redete Gantz und Netanjahu jetzt nochmals ins Gewissen und erinnerte sie an ihre Pflichten gegenüber dem Staat – ganz ähnlich wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier es bei der zunächst gescheiterten Regierungsbildung nach den Bundestagswahlen 2017 in Deutschland getan hatte. Nun gibt es noch eine dreiwöchige Gnadenfrist, in der jeder Knesset-Abgeordnete eine Mehrheit zum Regieren suchen darf. Netanjahu wird automatisch weiterregieren.

Dass die Staatsanwaltschaft ausgerechnet am Tag nach Ablauf der Frist zur Regierungsbildung Anklage gegen Netanjahu wegen Bestechlichkeit erhebt, kommt etwas überraschend. Denn schon lange drohte ihm eine Anklage. Zurücktreten muss er deswegen allerdings nicht – und das will er auch nicht. Im Fall von Neuwahlen könnte ihn ein laufendes Verfahren aber entscheidende Wählerstimmen kosten.

juergen.rahmig@gea.de

Bundestag – Kollaps im Plenum: Wie die Reutlinger Abgeordneten den Arbeitsanfall in Berlin bewerten

Lange Sitzungen und wenig Schlaf

VON OLIVER JIROSCH



Arbeitsplatz Bundestag: Belastung ist hoch, aber von menschenfeindlich könne keine Rede sein, so der einhellige Tenor. FOTO: DPA:

BERLIN/REUTLINGEN. Es war eine Bundestagssitzung, die in die Geschichte eingehen wird. Nicht etwa, weil historische oder wegweisende Beschlüsse gefasst worden wären. Welche Themen genau an diesem Tag behandelt wurden, wissen wahrscheinlich nur noch die wenigsten. In Erinnerung bleibt jene Sitzung in der vorletzten Sitzungswoche deshalb, weil an diesem Tag gleich zwei medizinische Notfälle im Bundestag zu verzeichnen waren.

Erst begann der CDU-Abgeordnete Matthias Hauer während seiner Rede zu zittern und brach dann zusammen. Wenig später kollabierte auch noch die Linken-Abgeordnete Simone Barrientos – ihre Fraktionskollegin Anke Domscheit-Berg bezeichnete hernach die Arbeitsbedingungen im Bundestag als »menschenfeindlich«.

SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, der selbst Arzt ist und dem kollabierten Hauer Erste Hilfe leistete, beklagt eine körperliche und psychische Überbelastung von Abgeordneten in Sitzungswochen. »Wer an entscheidender Stelle mitarbeitet und zum Beispiel Sitzungen leiten muss, hat eine Arbeitsbelastung, die weit über das übliche und gesundheitlich unbedenkliche Maß hinausgeht.« Abgeordnete stünden unter der Dreifachbelastung, sich auf aktuelle Veranstaltungen zu konzentrieren, Folgetermine vorzubereiten und gleichzeitig die sozialen Medien im Auge behalten zu müssen.

Der GEA hat sich bei den Reutlinger Bundestagsabgeordneten erkundigt, wie sie zu den (Über-)Belastungen ihres Berufsstandes stehen. Allen vieren gemein ist, dass sie sehr wohl auf eine enorme Belastung in den Sitzungswochen hinweisen, ohne dabei jedoch in Selbstmitleid zu zerfließen, denn schließlich – das betonen sie unisono – sei der Beruf selbst gewählt.



Pascal Kober und Jessica Tatti FOTOS: PR

»Lebensqualität im Sinne einer Work-Life-Balance ist in den Sitzungswochen Fehlanzeige. Die tägliche Arbeitszeit beträgt jedenfalls mit Sprecherfunktion und Obmanntätigkeit im Ausschuss mindestens 16 Stunden, die vorabendliche Zeitungslektüre vor dem Schlafengehen und am Morgen nach dem Aufstehen nicht mitgerechnet«, berichtet der FDP-Abgeordnete Pascal Kober gegenüber dem GEA. Er verweist auch darauf, dass er etwa alle Treppen zu Fuß geht, »denn die meiste Zeit verbringt man im Sitzen«. Für richtige Sporteinheiten fehlt Kober in Berlin aber die Zeit, trotzdem fühle er sich nicht gestresst oder überarbeitet. »Mit Arbeitsdisziplin und Leidenschaft für die Sache ist das aber alles kein Problem«, auch wenn in manchen Nächten das Schlafen ganz ausfalle, um die Termindichte mit Flugzeug, Bahn und Auto realisieren zu können.

Kein Zuckerschlecken

»Ja, der Alltag von Abgeordneten ist eng getaktet, die Tage sind lang, oft auch am Wochenende, das Privatleben kommt kurz«, sagt Jessica Tatti (Linke). Sie betont, es sei die Aufgabe der Abgeordneten, »unsere Zeit und unsere Kraft in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Dabei auf sich selbst zu achten gehört dazu«. Angesichts der vielen Beschäftigten, die mit überlangen Arbeitszeiten und Niedriglöhnen zu kämpfen haben, ohne Aussicht auf eine anständige Rente, falle es ihr allerdings schwer, »uns Abgeordnete zu bedauern. Unsere Aufmerksamkeit sollte auf die Millionen Menschen gerichtet sein, die mit unseren Entscheidungen leben müssen«.

Die Arbeit als Abgeordneter in Berlin sei »sicherlich kein Zuckerschlecken, aber aus meiner Sicht machbar«. So die Einschätzung des CDU-Abgeordneten Michael Donth. »In der Regel starte ich morgens um 7.30 Uhr meinen Arbeitstag und kehre gegen 23 Uhr wieder in meine Wohnung zurück. Da bin ich nicht schlimmer dran als viele andere Menschen in Deutschland auch. Hart wird es natürlich in dem Moment, wenn die Sitzungen donnerstags zum Teil bis morgens um 2 Uhr oder länger andauern und man



Beate Müller-Gemmeke und Michael Donth

freitags ab 8 Uhr wieder am Start steht. Das ist aber glücklicherweise kein Dauerzustand«, beschreibt Donth seinen Arbeitsalltag in Berlin.

Der 52-Jährige hat auch einen Vorschlag, wie ein wenig Dampf aus dem Kessel zu nehmen wäre: »Entzerren lässt sich dieses enorme Pensum an Anträgen und Gesetzentwürfen im Plenum durch eine Erhöhung der Sitzungswochen in Berlin.« Was seine Frau wohl von diesem Vorschlag hält …?

Resolut zeigt sich die Grünen-Politikerin Beate Müller-Gemmeke auf die GEA-Anfrage. »Ich bin freiwillig in die Politik gegangen, habe Wahlkämpfe ausgefochten und ich wusste, was auf mich zukommt. Ich möchte gestalten, verändern und verbessern, und das mache ich gern und mit Engagement«, erklärte sie und widersprach entschieden der Behauptung, die Arbeitsbedingungen im Bundestag seien menschenfeindlich. Stattdessen betonte sie, andere Berufe seien auch hart – mit körperlichen Belastungen, mit Stress und Hektik, am Abend, nachts oder am Wochenende und das teilweise für einen viel zu niedrigen Lohn.

Enthemmte Diffamierungen

Die dienstälteste Abgeordnete des Wahlkreises Reutlingen hat dafür einen weiteren – ganz neuen – Stressfaktor ausgemacht: »Hinzu kommen heute unverhohlene Anfeindungen, die es früher einfach nicht gab. Die Verachtung für unsere Demokratie, die die AfD zur Schau stellt, ist schier unermesslich«, sagt Müller-Gemmeke und ergänzt, »in nahezu allen Debatten werden inzwischen die Abgeordneten anderer Fraktionen verächtlich gemacht und beleidigt. Menschengruppen werden völlig enthemmt diffamiert und diskriminiert. Das geht natürlich nicht spurlos an uns vorbei«. (GEA)

Migration – Nach einer neuen Studie erreichen deutlich weniger Teilnehmer der Kurse das Klassenziel als erwartet

Hohe Durchfallquoten in Integrationskursen

MANNHEIM/NÜRNBERG. Zu viele Zugewanderte scheitern nach Ansicht von Experten in Integrationskursen. »Nur ein Bruchteil der Absolventen schließt die Kurse ab«, sagt der Chef des Leibniz-Instituts für deutsche Sprache (IDS), Henning Lobin. Das liege vor allem daran, dass die Kurse zu anspruchsvoll seien. »Die Zielgenauigkeit lässt zu wünschen übrig.«

Die Kurse sollen die Teilnehmer befähigen, in der Arbeitswelt zurechtzukommen. Dafür ist auf einer sechsstufigen Skala von A1 (einfache Sprachkenntnisse) bis C2 (Voraussetzung für ein Studium) das Zielniveau B1 festgesetzt. Die Latte hängt aus Lobins Sicht zu hoch.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) sieht aber keinen Anlass, das Lernziel im allgemeinen Integrationskurs abzusenken. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mahnt stärker berufsbezogene sprachliche Förderung von Zuwanderern an: Sprachkenntnisse Geflüchteter nach einem Integrationskurs reichten oft nicht aus, um in die Ausbildung einzusteigen.

Im Jahr 2018 zählte das Bamf rund 203 000 neue Teilnehmer an Integrationskursen. Deutschland gehört nach Angaben des Chefs des Mannheimer Goethe-Instituts, Schöningh, neben Dänemark und Großbritannien zu den wenigen Ländern Europas, die das B1-Niveau erwarten. Üblicher sei das Niveau A2. Den heutigen Anforderungen liege noch die deutlich einfachere Integration von Spätaussiedlern zugrunde, moniert Schöningh. »Deshalb muss ein realistischeres Konzept her, das Absolventen und Lehrern die Frust-Erfahrung des Scheiterns erspart.«

Die Forderung von Schöningh und IDS-Leiter Lobin basiert auf Erkenntnissen aus einer gemeinsamen Studie ihrer Institute. Diese ermittelten bei rund 600 Teilnehmern von 38 Kursen des Jahres 2016 in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen sowie Sachsen den biografischen, sprachlichen und beruflichen Hintergrund wie auch den Bildungshintergrund.

In einem zweiten Schritt sollten bei einem Test 2017 etwa 500 Absolventen gegen Ende des Integrationskurses in einem Bewerbungsgespräch bestehen. Von den Antworten auf vier Fragen wurden Sprachaufnahmen gefertigt, die sieben unabhängige Juroren bewerteten. Die Teilnehmer, die von Anfang an dabei waren, erreichten nur zu 5,5 Prozent das erwünschte Niveau B1, während etwa ein Drittel bei A2 landete – und 62 Prozent nochmals darunter. Das heißt, die meisten dieser Sprachschüler verfügten nach 500 bis 600 Unterrichtseinheiten nur über elementare Deutschkenntnisse. Die im Laufe des Kurses hinzugekommenen Schüler schnitten etwas besser ab.

> *»Die Über- und Unterforderten springen ab«*

IDS-Chef Lobin sagt: »Das ist ein brisantes Ergebnis, zumal im Laufe des Kurses über die Hälfte der ursprünglichen Teilnehmer ausgeschieden ist.« Darunter sei die Gruppe der – vorwiegend männlichen – bildungsfernen Teilnehmer mit einfacher Berufserfahrung und Fluchthintergrund besonders stark vertreten, ebenso wie die der – mehrheitlich weiblichen – jungen Teilnehmer ohne Fluchterfahrung mit abgeschlossener Schul- oder Studienlaufbahn.

Goethe-Institutsleiter Schöningh resümiert: »Es sind die Über- und Unterforderte, die abspringen.« Deshalb liege es nahe, differenzierte Kurse nach den Merkmalen Bildungshintergrund, Alter und Beherrschen mehrerer Sprachen anzubieten

Die Mannheimer Studie zeigt auch zum Verblüffen ihrer Organisatoren gravierend schlechtere Erfolgsquoten als sie das Bamf ermittelt hat: Dem Bundesamt zufolge schlossen 2018 im allgemeinen Integrationskurs rund 62 Prozent der Erst-Teilnehmer mit Sprachniveau B1 ab. Weitere 30 Prozent erreichten das darunterliegende Sprachziel A2. Es sei aber richtig, so die Nürnberger Behörde, dass die B1-Quote im Gesamtschnitt aller Kursarten gesunken sei. Grund: ein stark gestiegener Anteil an Analphabeten.

Wissenschaftler der beiden Institute führen den himmelweiten Unterschied zwischen ihren Zahlen und denen des Bamf auf den Zeitpunkt der Erhebung zurück: Während ihr Test vor der Prüfung ansetzt, werte die Behörde die Ergebnisse der Prüfungen aus, zu denen sich nicht alle Kursteilnehmer anmeldeten. Weiterer Unterschied: Prüfungsteilnehmer würden gezielt auf den Test vorbereitet. (dpa)